

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen
vom 09. Mai 2012 und vom 30. Mai 2012
- 3 Bericht des Polizeipräsidenten - Herr Meyritz zur Sicherheitslage für die Stadt
Potsdam und Vorstellung des neuen Leiters der Polizeiinspektion Potsdam,
Polizeiobererrat Maik Toppel
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
Fraktionen SPD, FDP(FP)
 - 4.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
 - 4.3 Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54
Vorlage: 12/SVV/0142
Fraktion Die Andere
 - 4.4 städtische Beteiligungen
 - 4.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 4.4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
 - 4.5 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen
Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0125
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 30.5.
 - 4.6 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.7 Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 11/SVV/0688
Vorlage: 12/SVV/0278
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.8 Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke
- 4.9 Uferweggrundstücke
Vorlage: 12/SVV/0308
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.10 PUE-Kennwert (Power Usage Effectivness)
Vorlage: 12/SVV/0365
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.11 Anonymisierte Bewerbungsverfahren
Vorlage: 12/SVV/0402
Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Kunsthalle in der Potsdamer Mitte am Standort Mercure
Vorlage: 12/SVV/0450
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Bürgerbündnis, Potsdamer Demokraten, Oberbürgermeister
- 4.12.1 Standortvergleich Kunsthalle Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0428
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Gesellschaftssatzungen gemäß Beschluss 12/SVV/0188
Vorlage: 12/SVV/0414
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 5.2 Vorbereitung der SAGO-Teilfläche für eine Tierbetreuungseinrichtung
Vorlage: 12/SVV/0412
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.3 Abschlussbericht Rechenschaft Bürgerhaushalt 2009
Vorlage: 12/SVV/0391
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 5.4 Beschlusskontrolle
Vorlage: 12/SVV/0419
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

- 5.5 Einführung der papierlosen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung
Vorlage: 12/SVV/0422
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 5.6 Finanzierung Standortmanagement Wissenschaftspark Golm
Vorlage: 12/SVV/0420
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 5.7 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 12/SVV/0436
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz
- 5.8 Wagenhausburg Hermannswerder Stand der Verhandlungen
Vorlage: 12/SVV/0437
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.9 16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0284
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 5.10 Rasenfläche Karl-Liebknecht-Stadion und alternative Betriebsform des Stadions
Vorlage: 12/SVV/0447
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 5.11 Bericht bezüglich des SV Babelsberg
Rechtsanwalt Herr Götz-Thorsten Friederich
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 09. Mai 2012 und vom 30. Mai 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, folgende Punkte **zurückzustellen**:

- Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Polizeipräsidenten, da Herr Meyritz erkrankt ist. Die Berichterstattung muss damit auf die zweite Hälfte des Jahres 2012 verschoben werden. Avisiert werde ein Termin im September/Oktober,
- Tagesordnungspunkt 4.2 - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, weil die Gespräche zwischen der Pro Potsdam und Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch andauern würden,
- Tagesordnungspunkt 4.4, städtische Beteiligungen, da die Auskunft der Kommunalaufsicht noch nicht vorliege,
- Tagesordnungspunkt 4.6, Tourismusbuskonzept, DS 12/SVV/0132, da hierzu das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen fehlt,
- Tagesordnungspunkt 4.8, Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer", DS 12/SVV/0300, da hierzu das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- Tagesordnungspunkt 4.10, PUE-Kennwert (Power Usage Effectivness), DS 12/SVV/0365, auf Wunsch der Antragstellerin, weil ein dazu eingeladenener Fachmann die Sitzung nicht wahrnehmen kann,
- Tagesordnungspunkt 5.11, Bericht bezüglich des SV Babelsberg, da Herr Friederich nicht anwesend sein kann.

Der Oberbürgermeister schlägt im Weiteren vor, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern und **die Tagesordnungspunkte** 4.12 und 4.12.1, Kunsthalle, nach Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit mehrheitlich, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

Zur Niederschrift der 71. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 09. Mai 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 72. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 30. Mai 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 3 Bericht des Polizeipräsidenten - Herr Meyritz zur Sicherheitslage für die Stadt Potsdam und Vorstellung des neuen Leiters der Polizeiinspektion Potsdam, Polizeioberrat Maik Toppel

zurückgestellt, da Herr Meyritz ist erkrankt ist. Die Berichterstattung muss damit auf die zweite Hälfte des Jahres 2012 verschoben werden. Avisiert werde ein Termin im September/Oktober.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.1 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
Fraktionen SPD, FDP(FP)**

Die dazu vorliegenden Informationen werden im nicht öffentlichen Teil gegeben.

zu 4.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt, weil die Gespräche zwischen der Pro Potsdam und Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch andauern.

zu 4.12 Kunsthalle in der Potsdamer Mitte am Standort Mercure

Vorlage: 12/SVV/0450

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Bürgerbündnis, Potsdamer Demokraten, Oberbürgermeister

Gegen das von der Fraktion SPD beantragte Rederecht für Herrn Prof. Ludger Brands erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Prof. Brands nimmt anschließend die Gelegenheit wahr, seine Ansicht über den Standort der Kunsthalle im Lustgarten zu erörtern. Sein Redebeitrag wird auf Wunsch der Hauptausschussmitglieder der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend bringt Herr Schubert die Vorlage unter Verweis der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung dazu geführten Diskussion ein. Da jetzt die Ergebnisse der Standortprüfung vorliegen, sei die Frage zu beantworten, ob die Kunsthalle am Standort des jetzigen Hotels „Mercure“ oder eben nicht im Zentrum gebaut werden solle. Mit der Aufgabe des Hotels müsse eine gemeinsame Lösung u. a. für die Weisse Flotte gefunden werden. Unter Verweis auf die Gestaltung der Potsdamer Mitte meine er, dass eine Zwischenlösung zwischen dem Erhalt des „Mercure“ und dem Urzustand des Lustgartens gefunden werden müsse.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es in der Stadtverordnetenversammlung eine große Zustimmung zur Kunsthalle, auch in der Innenstadt, gegeben habe, aber bei der Fixierung auf den Standort des Hotels „Mercure“ würden sich die Geister scheiden. Diesbezüglich gebe es unterschiedliche Auffassungen in der Potsdamer Bürgerschaft; die am Montag organisierte Demo für den Abriss des Hotels widerspiegele nicht das reale Bild. Das zeige sich auch in den Ergebnissen der seit vergangener Woche laufenden Umfrage der PNN, in deren Ergebnis sich 60 % der Teilnehmer gegen den Abriss ausgesprochen haben. Er übergibt dem Oberbürgermeister 400 Unterschriften gegen den Abriss des „Mercure“. Außerdem sei Hasso Plattner nicht auf den Standort fixiert gewesen, sondern wurde darauf gelenkt. Seiner Meinung nach gebe es auch andere, nicht so belastete Standorte wie den des „Mercure“. Herr Dr. Scharfenberg beantragt folgende Ergänzung des Antrags:

„Es wird eine repräsentative Bürgerbefragung dazu durchgeführt, ob die Kunsthalle von Herrn Plattner am Standort des „Mercure“ angesiedelt werden soll.“

Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich der Gültigkeit der Sanierungsziele Bezug nehmend, erklärt Herr Klipp, dass die Sanierungsziele für den Lustgarten weder den Erhalt noch den Abriss des „Mercure“ vorsehen und bittet, die Ergebnisse der Standortanalyse zur Kenntnis zu nehmen. Das Ergebnis weise einen Standort A und einen Standort B aus und er fragt, warum die Stadt einen B-Standort empfehlen und die Chance, eine Fehlnutzung zu beenden, nicht nutzen solle.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Spender mit den ausgewählten

Standorten einverstanden sein müsse und im Zentrum nur zwei in Frage kommen. Zum Blücherplatz gab es kein Einverständnis, so dass jetzt nur noch vom Standort am Jungfernsee oder „Mercure“ gesprochen werden könne. Auf Grund der Vielzahl der Befürworter des letztgenannten Standortes habe Herr Plattner angekündigt, den Standort zu überdenken. Die dabei zu lösenden Probleme, wie der Verlust der Arbeitsplätze der Hotelmitarbeiter, werde durch eine Übernahmegarantie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in Abstimmung mit der IHK gelöst. Außerdem gebe es entsprechende Angebote von Accor.

Bezüglich des Standortes der Weissen Flotte seien Gespräche geführt worden, so dass er noch nicht definitiv festgelegt ist, aber wohl in der Nähe des Neptunbassins in Richtung Eisenbahnbrücke liegen werde. Bei Gesprächen in 2 Wochen werde das Ergebnis der Standortprüfung beraten. Die wegfallenden Bettenkapazitäten werden durch das am Alten Markt geplante Hotel „Barberini“ und ein weiteres in der Speicherstadt kompensiert. Also alle Beteiligten haben ein großes Interesse, Lösungen zu finden, denn das könne nicht die Aufgabe von Herrn Plattner sein, sondern ist die Aufgabe der Stadt.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob schon ein Betreiber für das „Barberini“ gefunden sei und es die Übernahmegarantie der IHK schriftlich gebe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass dies noch nicht der Fall sei, aber nachgereicht werden könne. Herr Klipp führt aus, dass bezüglich des „Barberini“ noch keine Fristen abgelaufen seien und entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung ein Zwischenbericht zum Vollzug der Kaufverträge vorgelegt werde.

In der weiteren Diskussion werden die Standpunkte zur Kunsthalle dargelegt, so wie von Herrn Sändig, der sich für eine repräsentative Bürgerbefragung ausspricht und fordert, dass eine sachliche und unaufgeregte Kritik am Standort möglich sein müsse. Frau Hüneke betont ihrerseits, dass es sich hier um Absichten eines privaten und nicht städtischen Eigentümers handele, das einen großen Gewinn für die Stadt darstelle. Eine Stadt müsse sich entwickeln dürfen, vor allem, wenn ein Vorhaben eine städtebauliche Qualität habe und viele Menschen davon profitieren.

Auf die Anmerkung bezüglich der von der Stadt zu übernehmende Folgekosten, äußert der Oberbürgermeister, dass es keinerlei Zusagen dafür gebe – lediglich die von der Weissen Flotte verauslagten Kosten für das Bauvorhaben stehen zur Disposition.

Frau Müller-Preinesberger führt aus, dass das „Mercure“ in zehn oder fünfzehn Jahren sowieso nicht mehr genutzt werden könne und es andere Gebäude in der Stadt gebe, an denen DDR-Architektur festgemacht werden könne. Sie spricht sich gegen eine Bürgerbefragung aus, da dadurch ein falsches Bild entstehe. Die Stadt habe schon andere große Vorhaben „vergeigt“, wie z. B. die Seebühne vor Hermannswerder, die nun am Wannsee der große „Renner“ sei.

Herr Schubert fragt, worüber bei der Bürgerbefragung abgestimmt werden solle – das Grundstück gehöre nicht der Stadt. Außerdem sei die Stadtverordnetenversammlung das demokratisch legitimierte Gremium, um eine Entscheidung zu treffen. Frau Dr. Magdowski betont, dass die Politik nicht an allen Stellen die Verantwortung abgeben könne, denn sie sei dafür gewählt worden. Hier wolle ein Privatmann bauen und die Kunsthalle auch noch selbst betreiben – das sei eine Bereicherung der öffentlichen Kulturpolitik, was sich die Stadt auf absehbare Zeit nicht leisten könne.

Im Weiteren wird die von Herrn Dr. Scharfenberg beantragte Ergänzung zur Abstimmung gestellt und mit 11 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Landeshauptstadt Potsdam begrüßt und unterstützt das Ansinnen von Herrn Prof. Dr. Hasso Plattner, eine Kunsthalle in Potsdam zu errichten und in ihr seine Sammlung auszustellen.

Die Potsdamer Innenstadt - das Herz der Stadt - ist der optimale Standort für die Kunsthalle.

Durch seine hervorragende, zentrale, exponierte Lage bietet der Standort Mercure die besten Voraussetzungen dafür, dass die Kunsthalle ein weiteres Aushängeschild für die Kulturstadt Potsdam wird. Die Kunsthalle wäre am Standort Mercure/ Lustgarten eine Belebung für Potsdams Mitte.

Die zentrale Lage direkt am Bahnhof und am Hafen der Weissen Flotte bieten optimale Voraussetzungen. Wir werden im Hafen eine Lösung für ein neues Gebäude für die Weisse Flotte finden, welches den langfristigen Bestand dieses touristischen Leistungsträgers sichert. Als Eigentümer des derzeitigen Hafengebäudes steht die Landeshauptstadt Potsdam in der Pflicht, eine Lösung zu schaffen, welche die Interessen zwischen Weisser Flotte und Kunsthalle ausgleicht.

Sollten weitere Beschlüsse nötig sein, um das Vorhaben an diesem Standort umzusetzen, so verpflichtet sich die SVV gegenüber Herrn Prof. Dr. Plattner, diese zügig zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 4.12.1 Standortvergleich Kunsthalle Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0428

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54

Vorlage: 12/SVV/0142

Fraktion Die Andere

Herr Sändig bringt den Antrag ein und begründet das Anliegen, die Diskussion um das Konzept abzuwarten und dann die Stellen zu besetzen.

Herr Jetschmanegg verweist darauf, dass der Antrag zwei Anliegen verfolge und wolle man sie umsetzen, müsste die Gedenkstätte schließen und alle Mitarbeiter entlassen werden. Jetzt werde die Trägerschaft und das Konzept diskutiert und im Herbst ein entsprechender Vorschlag unterbreitet.

Daraufhin schlägt Herr Sändig vor, den Antrag zu ändern und nur auf die Leitung zu beziehen. Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt und mit 7 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen abgelehnt. Da das Ergebnis der Abstimmung anschließend angezweifelt wird, wird die Abstimmung wiederholt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Auswahlverfahren für die Leitungsposition ~~und alle anderen Stellen~~ in der Gedenkstätte Lindenstraße 54 bis zur ~~Auswahl oder Errichtung eines Trägers der Gedenkstätte~~ **zur Beschlussfassung über das Konzept** zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 8

Stimmenthaltung: 0

Damit hat der Antrag keine Mehrheit gefunden.

zu 4.4 Städtische Beteiligungen

zu 4.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

zurückgestellt

zu 4.4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt

zu 4.5 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen Beteiligungen

Vorlage: 12/SVV/0125

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

neue Fassung vom 30.5.

Der Oberbürgermeister verweist auf die am 30. Mai dazu ausgereichte neue Fassung, die in den Fraktionen beraten werden sollte. Da es dazu keinen Redebedarf gibt, wird diese Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass bei In-House-Geschäften aller Art die kommunalen, rechtlich selbständigen Unternehmen als In-House-Auftragnehmer vorher Erklärungen darüber abgeben, welche Teile des Auftrages mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln selbst erbracht werden und welche fremd vergeben werden sollen.

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter wird beauftragt sicherzustellen, dass in den Satzungen der städtischen Gesellschaften deren Eigenschaft als öffentliche Auftraggeber im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) festgehalten wird. Die Mustersatzung ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4.6 **Tourismusbuskonzept**
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.7 **Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 11/SVV/0688**
Vorlage: 12/SVV/0278

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Passage – Seite 7 – Selbstbindungsbeschluss, mit der seine Fraktion entsprechende Schwierigkeiten habe. Dies, so Herr Exner, sei nicht zwingend vorgegeben, sondern habe schon allein aus rechtlichen Gründen einen Appellcharakter. Herr Dr. Wegewitz betont, dass die empfohlenen Verhaltensregeln hiermit verstärkt werden sollen. Da er aber auch festgestellt habe, dass hier nicht der korrekte Wortlaut der DS 11/SVV/1001 wiedergegeben werde, sollte dies angepasst und das Wort „Selbstbindung“ gestrichen werden, so dass der Text auf Seite 7 jetzt laute:

Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat unter der DS 11/SVV/1001 am 8. Februar 2012 für die zukünftige Vergabe von Aufsichtsratsmandaten durch die Stadtverordnetenversammlung folgende Verhaltensregeln empfohlen:

- **Als Vertreter/in in einem Aufsichtsrat kann benannt werden, wer in Anlehnung an den Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam keine Interessenkonflikte aufgrund einer Geschäftsbeziehung, Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern, sonstigen Geschäftspartnern oder Empfängern von Sponsoringleistungen hat.**
- **Jeder Vertreter einer Fraktion darf maximal in zwei Aufsichtsräten vertreten sein.**
- **Städtische Aufsichtsräte werden nach zwei vollständigen Amtszeiten im Aufsichtsrat nicht erneut für denselben Aufsichtsrat benannt.**

Bezug nehmend auf die Seite 9, Punkt 3.2.2, 2. Absatz fragt Frau Dr. Müller nach den Folgen eines nicht arbeitsfähigen Aufsichtsrates und den Möglichkeiten, Änderungen bezüglich der betroffenen Person vorzunehmen. Herr Exner betont, dass dies immer eine missliche Situation sei, aber derjenige, der nicht zur Aufsichtsratssitzung erscheint, trotzdem in der Verantwortung stehe. Es bleibe dann nur, mit dem Entsendenden zu sprechen oder zu prüfen, ob gemäß BbgKVerf eine Abberufung aus wichtigem Grund möglich sei.

Der vorliegende Antrag wird mit der o.g. Ergänzung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

**zu 4.8 Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles
"Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"**

Vorlage: 12/SVV/0300

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke

zurückgestellt

zu 4.9 Uferweggrundstücke

Vorlage: 12/SVV/0308

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und die damit verbundene Änderung/Ergänzung. Auf seine Nachfrage bestätigt Frau Krusemark, dass eine solche Information möglich sei, allerdings nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Soweit Grundstücke, die vom Uferwegekonzept erfasst sind und die in einem B-Plan-Gebiet liegen, veräußert werden **sollen**, ~~entscheidet~~ wird die Stadtverordnetenversammlung **(die Fraktionen)** ~~in eiligen Fällen der Hauptausschuss~~, über die Inanspruchnahme eines Vorkaufsrechts **unverzüglich informiert**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 4.10 PUE-Kennwert (Power Usage Effectivness)

Vorlage: 12/SVV/0365

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.11 Anonymisierte Bewerbungsverfahren
Vorlage: 12/SVV/0402
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter bringt den Antrag unter Bezugnahme auf die dazu in der Stadtverordnetenversammlung geführte Diskussion ein und betont, dass es schon antidiskriminierend sei, wenn bestimmte Dinge zunächst nicht mitgeteilt werden. Herr Exner betont, dass es diesbezüglich Tests gegeben habe, deren Ergebnisse sehr spannend seien. Deshalb wurde das auch intern bereits diskutiert – die Einführung bedarf jedoch einer gewissen Vorbereitung, eines behutsamen Herangehens und eines Probelaufs, denn ganz ohne Schwierigkeiten sei das nicht, weil bestimmte Ansprüche z. B. Schwerbehinderter nach dem SGB berücksichtigt werden müssen. Deshalb schlage er die Einführung ab dem 01.01.2013 auf Probe, befristet für ein Jahr, vor sowie einen Zwischenbericht im November 2013.

Bezug nehmend auf die von Herrn Schultheiß geäußerten Bedenken bei der praktischen Umsetzung entgegnet Frau Dr. Schröter, dass damit die erste Phase der Bewerbung – also die Vorauswahl – gemeint sei. Sie erklärt sich mit den von Herrn Exner vorgeschlagenen Änderungen einverstanden. Der so geänderte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in allen Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung ~~so schnell wie möglich~~ ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren für alle Stellenausschreibungen **dauerhaft für einen Probezeitraum ab 01.01.2013 für ein Jahr** einzuführen. Zudem wird er beauftragt, sich ~~ebenfalls~~ **auch** in allen kommunalen Unternehmen ~~für die~~ **auf eine** flächendeckende Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren ~~einzusetzen~~ **hinzuwirken**. Der Stadtverordnetenversammlung ~~soll zu ihrer Sitzung im August 2012~~ **ist zu ihrer Sitzung im November 2013** ein ~~erster diesbezüglicher Bericht vorgelegt~~ **werden Zwischenbericht vorzulegen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Gesellschaftssatzungen gemäß Beschluss 12/SVV/0188
Vorlage: 12/SVV/0414
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Vorbereitung der SAGO-Teilfläche für eine Tierbetreuungseinrichtung
Vorlage: 12/SVV/0412
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Abschlussbericht Rechenschaft Bürgerhaushalt 2009

Vorlage: 12/SVV/0391

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
Mitteilungsvorlage

Die von Frau Dr. Müller vorgeschlagene Aufnahme eines möglichen Realisierungszeitpunktes wird Herr Exner als Anregung mitnehmen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Beschlusskontrolle

Vorlage: 12/SVV/0419

Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg nach einem konkretisierten Sachstand bezüglich der Biosphäre kann nicht beantwortet werden, so dass der Oberbürgermeister eine entsprechende Berichterstattung in der Hauptausschusssitzung am 08. August vorschlägt, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Einführung der papierlosen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung

Vorlage: 12/SVV/0422

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Frau Bankwitz merkt kritisch an, dass die Mitteilungsvorlage eher eine Situationsbeschreibung beinhalte und erst auf den letzten anderthalb Seiten konkreter werde. Sie verweist auf ihre mehrfach begründete Forderung, den Posteingang ebenso zu digitalisieren wie die Aktenführung und Archivierung. Außerdem bestehe im Internet die Möglichkeit, sich kostenlose Software für die Verwaltung herunterzuladen. Im Weiteren empfiehlt sie, den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen zu suchen.

Herr Dr. Pokorny verweist in seinen Ausführungen auf 80 Fachverfahren in der Stadtverwaltung, mit denen 500 Leistungen auf Grundlage von Gesetzen und Bestimmungen angeboten werden. Das unterscheidet die Stadt z. B. von der Sparkasse, die mit einem Fachverfahren arbeiten könne. Trotzdem werde die digitale Poststelle angegangen, allerdings bestehe die Schwierigkeit darin, dass dies mit den Fachverfahren nicht kompatibel sei bzw. die Fachverfahren einen unterschiedlichen Stand aufweisen. Fazit sei, man komme um den digitalen Posteingang nicht herum und müsse im Bereich DMS konsolidieren. Auf die Frage von Herrn Schubert nach der Zeitschiene verweist er auf den Dreijahreszyklus, so dass jetzt die Planung für den Zeitraum 2013 – 2016 erfolge.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.6 Finanzierung Standortmanagement Wissenschaftspark Golm

Vorlage: 12/SVV/0420

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.7 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 12/SVV/0436

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.8 Wagenhausburg Hermannswerder Stand der Verhandlungen

Vorlage: 12/SVV/0437

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Gegen das von der Fraktion DIE LINKE beantragte Rederecht für einen Vertreter/in der WagenHausBurg erhebt sich kein Widerspruch, so dass Frau Chica Schmidt den Sachstand aus deren Sicht darstellt.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann die vorliegende Mitteilungsvorlage an Hand eines visualisierten Lageplans. Er betont, dass die Bewohner alle alternativen Grundstücke bzw. Standorte ablehnen und die Mitteilungsvorlage die Meinung der Verwaltung widerspiegeln. Außerdem gehe es den Bewohnern nicht nur um einen Platz für die Wagen, sondern dem Namen entsprechend auch um ein Gebäude. Diese Kombination ist nur am Standort in Golm gegeben, wobei sowohl Grundstück als auch Gebäude ertüchtigt werden müssten. Der Anmerkung von Herrn Sändig, dass es diskriminierend sei, wenn die Wertminderung der umliegenden Grundstücke der WagenHausBurg zugeschrieben werde, schließt sich Herr Goetzmann an. Dies sei so, weil der Markt an sich diskriminierend sei und das Verkehrswertgutachten spiegele nur die Reaktion des Marktes wider. Verbleibt die WagenHausBurg am jetzigen Standort, werden für die umliegenden Grundstücke geringere Preise erzielt. Dem könne nur die Stadtverordnetenversammlung mit einem entsprechenden Beschluss entgegenwirken.

Frau B. Müller merkt an, dass sie die Bewertung der Verwertungsergebnisse der anderen Grundstücke vermisse, sofern sie denn verwertbar seien.

Herr Dr. Wegewitz führt aus, dass die Mitteilungsvorlage den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung erfülle und die Empfehlung der Verwaltung sei ein für den Kostenaufwand nicht geeigneter Kompromiss. Er wolle ein Angebot, wie das von der WagenHausBurg favorisierte Grundstück verwertet werden kann, um eine Entscheidungsmöglichkeit zu schaffen. Der Oberbürgermeister spricht sich für eine Schätzung statt einer Bewertung aus, um die Frage zu klären, was auf diesem Grundstück generell möglich sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es zu dem Zeitpunkt, als die Verwaltung das Grundstück auf Hermannswerder der WagenHausBurg zugewiesen habe, keine Verwertungsabsichten bestanden hätten und es parteiübergreifend Sympathien für diese alternative Wohnform an dieser exponierten Stelle gebe. Nun müsse nach Wegen gesucht werden, die das ermöglichen.

Die finanziellen Bedingungen seien bekannt, so Frau Dr. Müller. Sie sei entsetzt, dass jetzt schon der Standort Golm als Lösung besprochen werde und empfindet das als Zwangsumsiedlung. Sie empfiehlt, das Konzept der WagenHausBurg zu lesen – das sei mehr als nur wohnen. Sie wolle hier und heute keine Festlegung auf den Standort und schon gar nicht auf den in Golm. Sie sehe Parallelen zum Archiv, wo es auch „leiere und leiere“ und die jungen Leute in einer unsicheren Position leben.

Herr von der Osten-Sacken meint, dass der erhebliche Wert des Grundstücks eine dauerhafte Lösung erschwere – er wirbt für die Alternative in Golm. Frau B. Müller spricht sich für den Verbleib am jetzigen Standort aus.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es seitens der Stadt keine Veräußerungspflicht gebe und die Stadtverordnetenversammlung den Standort bestätigen könne; die Mitteilungsvorlage spiegele das Prüfergebnis wider. Allerdings habe die Stadt auch eine besondere Situation bezüglich des Wohnungsbaus und der Verwertung der Flächen. Deshalb werde unter Abwägung aller Komponenten der Vorschlag unterbreitet, nach 5 Jahren den Standort Hermannswerder für die WagenHausBurg aufzugeben. Wenn das die Stadtverordnetenversammlung nicht wolle, müsse sie einen Beschluss unter Berücksichtigung der Fakten fassen. Um eine Grundsatzentscheidung werde man nicht herumkommen, so dass er vorschlage, das über die Sommerpause mitzunehmen, sich Klarheit über die Grundstücksbewertung zu verschaffen, das Thema am 08. August wieder aufzurufen und den Gutachter dazu zu bitten.

Nachdem Herr Dr. Scharfenberg sich nachdrücklich gegen diesen Vorschlag ausgesprochen hat, weil sich die Mehrheit im Hauptausschuss für eine dauerhafte Lösung am jetzigen Standort ausgesprochen habe, betont der Oberbürgermeister, dass dies eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung bedürfe. Gebe es keinen entsprechenden Antrag, werde die Verwaltung einen Beschlussvorschlag entsprechend der in der Mitteilungsvorlage enthaltenen Empfehlung unterbreiten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.9 16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0284
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.10 Rasenfläche Karl-Liebknecht-Stadion und alternative Betriebsform des
Stadions
Vorlage: 12/SVV/0447
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Gegen den Vorschlag von Herrn Schubert, diese Mitteilungsvorlage bis zur Hauptausschusssitzung am 08. August **zurückzustellen** und gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.11 aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.11 Bericht bezüglich des SV Babelsberg
Rechtsanwalt Herr Götz-Thorsten Friederich

zurückgestellt

zu 6 Sonstiges

keine Wortmeldungen